

Myanmar-Workshop: Wahlberichterstattung und Medienorganisation

Bekommt Birma, dieses von der früheren Militärjunta in Myanmar umbenannte Land zwischen China und Indien, Thailand und Bangladesch, erstmals eine demokratisch gewählte Präsidentin? Die bekannteste Person des Landes, Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, gilt als Hoffnungsträgerin. Doch bei den Parlamentswahlen 2015 wird sie

wohl nicht als Präsidentschaftskandidatin antreten dürfen.

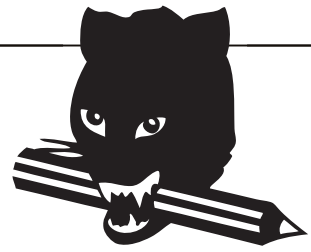
Diese Wahlen wie damit verbundene Strategien, Hoffnungen und Aussichten sind das Thema dieser Beilage. Ende Oktober hat die taz Panter Stiftung mit ihren Partnern zum zweiten Mal Journalisten aus dem südostasiatischen Land mit den zwei Namen, die wir hier alternativ be-

nutzen, zum Workshop nach Berlin geladen. Die jungen Gäste haben dabei diese Beilage geschrieben und geben darin einen authentischen Einblick in ihr Land.

Bei dem achtstägigen Workshop ging es um Wahlberichterstattung, journalistische Ethik, Aufarbeitung von Diktaturen, Umgang mit Minderheiten und um Organisations- und Finanzie-

rungsmöglichkeiten unabhängiger Medien. Es war ein Erfahrungsaustausch mit Perspektivwechseln und Denkanstößen. Dem dient auch diese Beilage.

Dürfte Aung San Suu Kyi vorerst auch nicht Präsidentin werden: die sechs Teilnehmerinnen und drei Teilnehmer des Workshops zu erleben war ein Zeichen der Hoffnung. **SVEN HANSEN**



taz.akademie

Aung San Suu Kyis ungeklärte Rolle

VON AYE THIRI SEIN
UND YEN SNAING

Niemand weiß bisher, welche Rolle Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi bei den Parlamentswahlen 2015 spielen darf. Wird die Friedensnobelpreisträgerin überhaupt für die Präsidentschaft des Landes kandidieren dürfen? Erst vor wenigen Wochen gab die Wahlkommission das Datum für die Wahlen bekannt. Sie sind in der letzten Oktoberwoche oder ersten Novemberwoche geplant.

Davor hatte es Spekulationen gegeben, dass die Wahlen auf das Jahr 2016 verschoben werden könnten. In seiner monatlichen Radio-Ansprache schien Präsident Thein Sein Anfang Oktober anzudeuten, dass Wahlen und ein demokratischer Übergang nur dann erfolgreich durchgeführt werden können, wenn es der Regierung gelingt, vorher einen landesweiten Waffenstillstand mit den ethnischen Rebellen Gruppen abzuschließen. Dieses Ziel hat sich bisher als schwer erreichbar erwiesen.

Der Chef der Wahlkommission, Exgeneral Tin Aye, sagte später zu Journalisten, seine Behörde wolle den Wahltermin nicht verschieben. Die Verfassung schreibe vor, dass die jetzige Regierung, die im Januar 2011 ins Amt kam, nach fünf Jahren von einer neuen Regierung abgelöst wird. „Es hängt nicht vom Präsidenten ab, ob die Wahlen ver-

WAHLEN 2015 Der Termin steht inzwischen, aber vieles ist noch unklar, einschließlich der Möglichkeiten der Opposition



Fans von Aung San Suu Kyi feiern ihren 69. Geburtstag (19. Juni 2014) vor ihrem Poster an der NLD-Parteizentrale in Rangun Foto: Sven Hansen

schieben werden“, kommentierte Khin Maung Swe, der Vorsitzende der Nationalen Demokratischen Kraft (NDF), einer Abspaltung von Aung San Suu Kyis Partei Nationaler Liga für Demokratie (NLD). „Können die Wahlen frei abgehalten werden, sollten sie stattfinden.“

Aung San Suu Kyi sagte: „Für einen echten Übergang zur Demokratie ist es auch nötig, dass die Regierung von Präsident Thein Sein freie und faire Wahlen zur rechten Zeit ansetzt.“ Doch über ihre eigene Rolle bei den Wahlen sagte sie nichts.

Der Sprecher ihrer Partei, Nyann Win, erklärte, sie habe die Teilnahme der NLD bisher nicht davon abhängig gemacht, dass zuvor die Verfassung von 2008 geändert wird. Die verbietet bisher eine Präsidentschaft Aung San Suu Kyis. Aber er sagte auch: „Grundsätzlich wäre eine Teilnahme an der Wahl ohne vorige Verfassungsänderungen nicht ideal.“ Auch gebe es Zweifel daran, ob die Wahlen fair sein werden. „Die Leute dürfen wohl frei ihre Stimme abgeben. Aber wir sorgen uns, was dann mit ihren Stimmzetteln geschieht.“

Der Streit um die Verfassung steht im Zentrum des Konflikts zwischen Regierung und Opposition. Die NLD fordert eine Änderung der Artikel 436 und 59 f. Artikel 436 gibt dem Militär 25 Prozent der Parlamentssitze, unabhängig vom Wahlergebnis, und damit eine Sperrminorität

bei Verfassungsänderungen. Artikel 59 f verbietet Kandidaten, die wie Aung San Suu Kyi Angehörige mit ausländischer Staatsbürgerschaft haben, Präsident zu werden. Präsident Thein Sein hat bereits klar gemacht, dass es keine Verfassungsänderung vor den Wahlen geben soll – und dass die NLD dennoch an ihnen teilnehmen müsse.

Ersatzmann für de Lady?

Innerhalb der NLD sind Stimmen zu hören, dass sich die Partei auf diese Situation einstellen muss. So sagt etwa Min Thu vom NLD-Exekutivsausschuss, dem höchsten Parteigremium: „Ich hoffe, Aung San Suu Kyi entscheidet sich für die Teilnahme an den Wahlen. Wenn sie selbst nicht Präsidentin werden kann, sollte sie eine andere Führungsfigur für die NLD bestimmen. Wenn dann die NLD die Wahlen gewinnt, könnte die Lady eine wichtige Position in der Partei übernehmen.“

Wahlkommissionschef Tin Aye, eine Schlüsselfigur der früheren Militärjunta, verspricht: „Nachdem wir freie und faire Wahlen abgehalten haben, werde ich zurücktreten.“ Er sagte dies im Rahmen eines Workshops zur Zusammenarbeit seiner Kommission mit Organisationen der Zivilgesellschaft. Staatliche Medien berichteten, dass er dabei auch die Organisationen aufforderte, ohne Vorurteile die Wahlen zu beobachten.

Pro

VON AYE THIRI SEIN
UND THET ZIN

1. Sie ist Birmas wahre demokratische Führerin.
2. Die meisten Birmesen akzeptieren, dass sie führt.
3. Die meisten Birmesen erhoffen sich von ihrer Präsidentschaft eine Verbesserung des eigenen Lebens.
4. Sie wird geliebt, weil sie die Tochter des Unabhängigkeitshelden General Aung San ist.
5. Sie ist weltweit bekannt und hat ein gutes Verhältnis zu führenden Politikern der Welt.
6. Sie ist die Symbolfigur für Birmas Übergang zur Demokratie.
7. Sie genießt große Unterstützung in und außerhalb des Landes.

Soll Aung San Suu Kyi Myanmars Präsidentin werden?

1. Die Verfassung verbietet Personen, die wie sie mit Ausländern verheiratet sind oder waren, Staatsoberhaupt werden zu können.
2. Das Militär hat weiterhin 25 Prozent der Parlamentssitze und eine Sperrminorität bei Verfassungsänderungen. Das erschwert ihre Wahl.
3. Manche fordern, sie solle sich aus Gründen der nationalen Versöhnung mit einer kleineren Rolle zufrieden geben.
4. U Wirathu, der nationalistische Mönch aus Mandalay und Kopf der antimuslimischen 969-Bewegung, lehnt ihre Präsidentschaft ab.
5. Die 969-Bewegung wirft ihr vor, Birma nicht zu kennen und nur zur Revolution anzustiften.
6. Einige Führer ethnischer Minderheiten werfen ihr vor, ihren Ethnien keine Menschenrechte zuzugestehen.
7. Chinas Regierung ist mit der derzeitigen Regierung von Thein Sein befreundet und würde ihre Präsidentschaft nicht unterstützen.

Contra

VON NYEIN NYEIN PYAE

Die für Ende 2015 in Myanmar angesetzten Wahlen werden wohl freier und fairer als die von 2010 sein. Doch gibt es Zweifel an den Versprechen der Regierung, und der Wahlprozess hat Schwächen. So verwehrt die Verfassung mit Artikel 59 f Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi eine Präsidentschaftskandidatur. Wer einen Ehepartner oder Kinder mit ausländischem Pass hat, darf nicht kandidieren. Aung San Suu Kyis Nationale Liga für Demokratie (NLD) ist überzeugt, dass sie die Wahlen mit einem Erdrutschsieg gewinnt, auch wenn der umstrittene Artikel bleibt.

Gegen Aung San Suu Kyi wird die regierende Solidaritäts- und Entwicklungspartei der Union (USDP) ihren eigenen Kandidaten aufbieten. Der USDP-Vorsitzende, Thura Shwe Mann, der zurzeit Präsident des Unterhauses ist und früher die Nummer drei der Militärjunta war, hat schon oft wiederholt, dass er Staatspräsident werden will. Beobachter schließen auch nicht aus, dass das Militär, das Myan-

Werden die Wahlen frei und fair sein?

WAHLEGESETZE Änderungen zeichnen sich nur zum Vorteil der bisherigen Regierungspartei ab. Der Anteil ungewählter Militärabgeordneter bleibt



Stimmabgabe bei den nichtdemokratischen Wahlen 2010 Foto: Reuters

mar bis 2011 jahrzehntelang beherrschte, einen eigenen Kandidaten aufstellt, etwa Armeeführer Min Aung Hlaing.

Der angesehene Analyst Ya Myo Thein sagt: „Die gegenwärtige Situation kann kaum als fairer Wettbewerb gesehen werden. Die regierende Partei ist finanziell sehr stark und hat auch sonst viele Machtmittel. So gehören der USDP die meisten Unternehmen übertragen. Es ist so, als hätte die USDP 100 Kyat, die NLD aber nur 5, was den Wahlkampf und die Wahlen beeinflusst.“

Die Wahlkommission (UEC) leitet Tin Aye, eine Schlüsselfigur der früheren Militärjunta. Trotz seines Versprechens, freie und faire Wahlen durchzuführen, sind die neuen Regeln der Kommission umstritten. So darf ein Kandidat oder eine Kandidatin nur im eigenen Wahlkreis werben. Auch das zielt direkt auf Aung San Suu Kyi. Denn diese reiste vor den Nachwahlen 2012 im Land umher, um für Kandidaten ihrer Partei zu werben. Der Protest der NLD gegen diese Re-

gel stieß auf taube Ohren. „Die Kommission muss die Regeln ändern, wenn sie wirklich freie und faire Wahlen sicherstellen will“, sagt Aung San Suu Kyi.

Neues Wahlsystem?

Inzwischen bereitet das Parlament ein neues Wahlsystem vor, „das für Myanmar angemessen ist“. Ober- und Unterhaus haben Ausschüsse eingesetzt, die ein neues System in Richtung Verhältniswahlrecht erarbeiten, wie es die regierende USDP bevorzugt. Dagegen wollen die NLD und die meisten ethnischen Parteien am bisherigen Mehrheitswahlrecht festhalten, weil sie vom Verhältniswahlrecht große Nachteile für sich erwarten.

Doch das größte und wohl am schwierigsten zu überwindende Hindernis ist, dass die Verfassung dem Militär von vornherein ein Viertel der Parlamentssitze gibt. „Wie demokratisch oder undemokratisch die Wahlen sind, zeigt sich am 25-prozentigen Sitzanteil des Militärs. Solange der besteht, können die Wahlen nicht wirklich demokratisch sein“, sagt Yan Myo Thein.

Sonderseiten der taz Panter Stiftung

mit freundlicher Unterstützung
des Auswärtigen Amtes und
der Heinrich Böll Stiftung

taz.panterstiftung



Auswärtiges Amt

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

„Wächter für die Öffentlichkeit“

MEDIEN Der Schutz der neuen Freiheit der Presse ist so schwach wie der gesamte politische Transformationsprozess zerbrechlich ist, meint der Chefredakteur von „World Today“

VON THET ZIN

„Zeugenschaft ist sehr wichtig. Ohne Journalismus gibt es keine Demokratie. Ohne Journalismus gibt es keine Freiheit.“ **PETER HOWE**

Myanmars Öffnung steht außer Frage. Zu den untrügerischen Anzeichen der Liberalisierung zählen die Freilassung von politischen Gefangenen, das Auftauen der internationalen Isolation, die Friedensverhandlungen mit den ethnischen Minderheiten, der Einzug der Opposition ins Parlament und das Ende der staatlichen Medienzensur. Letzteres ist wohl die dramatischste Veränderung mit den größten Auswirkungen auf die Gesellschaft. Der Schutz der neuen Freiheit der Presse ist aber so schwach wie der gesamte politische Transformationsprozess zerbrechlich ist.

Korrupte Generäle und Hardliner der vom Militär unterstützten Regierungspartei wollen eine öffentliche Untersuchung ihrer Machenschaften verhindern, um nicht zur Verantwortung gezogen zu werden. Sie fürchten zu viele Informationen, weil diese ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen bedrohen. Je näher die Wahlen rücken, umso mehr sind diese Hardliner dabei, den freien Markt für Informationen zu regulieren und Journalisten zu kriminalisieren.

Druck auf kritische Medien

Die manipulative Anwendung von Gesetzen und die Kontrolle über die Eigentumsrechte an Medien sind Schlüsselinstrumente, die das Regime jetzt anwendet, um unabhängigen und kritischen Medien in die Parade zu fahren. Zugleich versuchen sie in der in- und ausländischen Öffentlichkeit den Eindruck zu geben, es gäbe eine freie Presse.

Beim Myanmar-Workshop der taz Panter Stiftung ist das Thema Wahlberichterstattung für uns hoch interessant. In unserer Heimat kontrollieren Günstlinge des Militärs und Hardliner der Regierungspartei 80 Prozent der Medien, wie eine Studie der Eleven Media Group ergab. Deshalb ist für uns wichtig, Medien wie die taz kennenzu-

Hardliner der Regierungspartei wollen eine Untersuchung ihrer Machenschaften verhindern

lernen, die als Genossenschaften und mit Unterstützung ihrer Nutzer wirtschaftlich und redaktionell unabhängig sind.

Als ich 2002 mit dem Journalismus anfang, bekam ich keine ordentliche Ausbildung und der Einblick des Rests der Welt in die

Politik unseres Landes war geprägt durch das Militär. Mit meinen Erfahrungen, die ich nach der Methode „learning by doing“ machte, erwarb ich mir das Vertrauen verschiedener Herausgeber und Geldgeber. 2004 wurde ich Chefredakteur des *News Watch Weekly Journal*. 2005 gründete ich das *Myanmar Nation Weekly Journal* und arbeitete als dessen Chefredakteur, bis ich 2008 wegen angeblicher Verletzung des Electronic-Transaction-Gesetzes zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Seit ich 1988 im Rahmen der Demokratiebewegung eine Studentengewerkschaft gegründet hatte, wurde ich immer wieder für mehrere Monate verhaftet und dabei gefoltert. Nachdem ich als Journalist verurteilt worden war, kam ich in ein abgelegenes Gefängnis im Norden. Dank internationalem Druck, unter anderem einer Stellungnahme von US-Präsident George Bush, ließ mich die Junta 2010 frei.

Kurz nach meiner Entlassung arbeitete ich wieder als Journalist beim *Myanmar Samadhi Weekly*. Dabei war es sehr schwierig, unter meinem Namen zu schreiben, da die Zensurbehörde die Verleger warnte, dass ich auf einer schwarzen Liste stünde. Auch verweigerte mir der Chef der Zensurbehörde die Lizenz für eine Zeitschrift, so dass ich eine Lizenz „mieten“ musste. Exoffiziäre machen damit Geld, dass sie ihre Lizenzen für sehr hohe Gebühren anderen überlassen.

Forum für Debatte

Nachdem ich für ein anderes Magazin gearbeitet hatte, gründete ich 2012 meine eigene Zeitschrift *World Today*. Mit ihr verfolge ich zwei Ziele: Zum einen ein Forum für eine informierte Debatte unterschiedlicher Stimmen zu schaffen, zum anderen als Wächter für die Öffentlichkeit zu agieren. Vorbilder sind der *Economist* und *Foreign Policy*. Unsere Themen reichen von der Verfassungsreform, Fragen der politischen Transformation über den Einfluss Chinas und die Wirtschaftsreformen bis zu den Oppositionsgruppen und dem notorischen Landraub.

Jetzt wird die Berichterstattung über die kommenden Wahlen wichtig, etwa Berichte über die Aufgaben unabhängiger Wahlbeobachter, Fragen des Wahlsystems, der Macht ethnischer Parteien und der Unabhängigkeit der Wahlkommission.

Da wir unser Monatsmagazin recht preisgünstig produzieren, hat es bis heute überlebt und Einfluss in der politischen Klasse, der Zivilgesellschaft und der gebildeten Leserschaft gewonnen. Obwohl wir auch in den Social Media präsent sind, ist die Zeitschrift noch nicht profitabel.



Neu trifft alt: Mobilfunkwerbung auf Ranguns Ringbahn Foto: S. Hansen

Versprechen per SIM-Karte

TÜCKEN DER MODERNISIERUNG Liberalisierung löst Boom des Mobilfunks aus, der noch sehr unzuverlässig ist

VON NYAN LYNN AUNG
UND YEN SNAING

Wer nur 1.500 Kyat (1,10 Euro) besitzt, kann sich inzwischen in Myanmar leicht eine SIM-Karte für sein Smartphone kaufen. Allerdings: Eine Garantie, dass damit die Internetverbindung einigermaßen schnell ist, gibt es nicht. Aber noch vor vier Monaten war eine SIM-Karte viel teurer. Damals kostete sie zwischen 200 und 500 Euro, weil die Nachfrage das Angebot weit überstieg. Und noch einmal zehn Jahre zurück: Da war der Besitz einer SIM-Karte nur ein schöner Traum. Ein normaler Mensch konnte sie sich gar nicht leisten.

Seitdem die Unternehmen Oredoo (Katar) und Telenor (Norwegen) Mobilfunklizenzen bekamen und mit ihren schrillen Werbekampagnen das Erscheinungsbild der Städte prägen, sind SIM-Karten mit Internetzugang in Yangon (Rangun), Man-

delay und Naypyidaw nicht mehr unzugänglich.

Aber eines ist zu beachten: Diese Unternehmen stellen keinen landesweiten Internetzugang zur Verfügung. Zum Beispiel nicht im Chin-Staat im Nordwesten. Die Bevölkerung kann zwar leicht eine SIM-Karte kaufen, aber viel bringt das nicht: Ins Internet zu kommen ist nahezu unmöglich, denn es fehlt noch die benötigte Infrastruktur.

Fazit: Solange es keine Kabel gibt beziehungsweise keine Satelliten- und Richtfunkstrecken auf dem Land existieren, helfen auch die schönsten SIM-Karten nicht – seien sie noch so billig.

Impressum

Redaktion: Sven Hansen
Mitarbeiter: Andreas Lorenz, Michael Sontheimer, Jutta Lietsch
Layout: Nadine Fischer
Die Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Fernsehinterview mit einem Parlamentsabgeordneten Foto: Sven Hansen

Die Gängelung der Opposition

WAHLGESETZE II Die Oppositionsparteien werden für ihren Wahlkampf viele Genehmigungen brauchen

VON NYAN LYNN AUNG

Nicht nur Parteipolitiker, sondern auch Vertreter der Zivilgesellschaft haben sehr genau den Entwurf der Direktive zum Wahlkampf studiert, die im September von der Wahlkommission (UEC) vorgelegt wurde. Der Entwurf der von der Militärregie-

rung eingesetzten Kommission sieht vor, dass die Parteien erst 30 Tage vor dem Wahltag ihre Kampagnen starten dürfen.

Die Parteien müssen zudem eine Genehmigung einholen, um an bestimmten Orten Wahlkampf machen zu dürfen, und sie müssen dies 15 Tage im voraus tun. Die Zahl der Teilnehmer

an Kundgebungen und die Demonstrationen müssen vorab von den lokalen Wahlkommissionen genehmigt werden. Versammlungen mit Kandidaten müssen dort zwei Tage im voraus angemeldet werden.

Während die UEC alle Parteien in die Lage versetzen will, ihre Programme in den Staatsmedien bekannt zu machen, bedarf der Wahlkampf in privaten Medien einer offiziellen Genehmigung. Auch Parteiführer, die Kandidaten außerhalb des eigenen Wahlkreises unterstützen wollen, brauchen eine Genehmigung.

Kritik der Opposition

Die Oppositionsparteien rebellieren gegen diese ihrer Meinung

nach viel zu restriktiven Regeln. Sie sagen, die Kommission sei gegen die Opposition eingestellt und versuche einen klaren Sieg der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) von Aung San Suu Kyi zu verhindern.

„Diese Regeln würden uns behindern“, sagt U Khin Maung Swe, Vorsitzender der NLD-Abspaltung Nationale Demokratische Kraft (NDF). „Sie sind unfair. Es macht keinen Sinn, dass wir uns jedes Detail des Wahlkampfes genehmigen lassen müssen.“

Vertreter der Wahlbehörde sagen, sie würden überlegen, die Wahlkampfezeit auf 60 Tage auszuweiten, da Parteien der Opposition sich Sorgen machten, wie sie in entlegenen Landesteilen

die Menschen erreichen könnten. „Es könnte ein Missverständnis sein“, sagte der UEC-Vizevorsitzende U Hla Maung Cho. „Wir werden die Einwände der Parteien überdenken.“

Internationale Standards?

Wahlkommissionsdirektor U Thauing Hlaing sagt, die 30-Tage-Wahlkampffrist entspräche internationalen Standards. Aber die Opposition hält dagegen, Myanmars Verkehrswesen unterschreite internationale Standards derart, dass es unmöglich sei, innerhalb von 30 Tagen alle Bürger zu erreichen.

Einige Politiker warnen, die Direktive könne bewirken, dass die Wahlen nicht wirklich frei

und fair verlaufen und dass sie sogar einen Wahlboykott ins Auge fassen würden, bliebe die Direktive unverändert. Sie klagen die Regierung an, dass es ihr vor allem darum gehe, einen klaren Sieg der NLD zu verhindern. Zudem sind sie verärgert, dass die Kommission die ersten Kommentare von Politikern einfach ignoriert habe.

Das in Stockholm ansässige International Institute for Democracy and Electoral Assistance (International IDEA), das mit der UEC kooperiert, erklärte: „Die Notwendigkeit, die Bewegungsfreiheit im Wahlkampf zu garantieren“, sei „ein entscheidender Indikator von gerechten und robusten Wahlen.“



Sehr weit entfernt von der Bevölkerung: Parlamentsgebäude in der neu gebauten und künstlich erschaffenen Hauptstadt Naypyidaw im Zentrum des Landes Foto: Sven Hansen